

24. JULI 2013

Getrennte Wege



UdSSR-Staatschef Nikita Chruschtschow signalisierte mit der Politik der friedlichen Koexistenz dem US-Präsidenten John F. Kennedy die Möglichkeit von Zugeständnissen. Die KP China sah sich deshalb benachteiligt (Wien im Juni 1961) - Fotoquelle: U.S. National Archives and Records Administration/wikipedia/Public domain

Im Juli 1963 kommt es bei einer Aussprache zwischen der Führung der sowjetischen und der chinesischen Kommunistischen Partei zum Bruch. Ein Rückblick aus der Perspektive Chinas von Lars Mörking und Rolf Berthold

Lars Mörking/Rolf Berthold

Als sich Vertreter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) vom 5. bis zum 20. Juli 1963 zum vorerst letzten direkten Schlagabtausch trafen, wiesen die beiden größten Brüder der sozialistischen Staatenfamilie bereits – bildlich gesprochen – blaue Flecken und nicht verheilte Narben auf. Bei den bilateralen Gesprächen in Moskau wurden Fragen thematisiert, die Teil einer bereits Jahre währenden Kontroverse waren, die seit 1959 auch öffentlich ausgetragen wurde. Während Deng Xiaoping, damals der Leiter der chinesischen Delegation, zu seiner einleitenden Stellungnahme anhub, war beiden Parteiführungen klar, daß der historische Bruch zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) und der Volksrepublik China nicht durch die anstehenden Diskussionen abgewendet werden konnte. Das Treffen war nicht zuletzt auf Drängen Ho Chi Minhs, damals Präsident der

Demokratischen Republik Vietnam, zustande gekommen. Es diente also »nur« noch der gegenseitigen Versicherung, daß man sich bis zu diesem Zeitpunkt richtig verstanden hatte. Zu lange schon ging man auf unterschiedlichen Pfaden, zu groß war die Distanz, um sie jetzt noch überbrücken zu können.

Ausgangspunkt des Konflikts zwischen der KPdSU und der KPCh war der XX. Parteitag der KPdSU 1956. Die dort beschlossene Leitlinie der »friedlichen Koexistenz« (mit den imperialistischen Staaten) stellte für die sowjetischen Parteikader, aber auch für die kommunistischen Parteien anderer Länder durchaus Positives in Aussicht: Ruhe und Stabilität, mehr Raum für Debatten und stärkere Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten durch Lockerung der Verpflichtung aller Kommunisten auf die Politik der Sowjetunion. Die Zeit der existentiellen Bedrohung des ersten sozialistischen Staates schien überwunden, die Sowjetunion hatte sich als zweite Weltmacht neben den USA etabliert.

Beinahe völliges Unverständnis löste dagegen die Art und Vehemenz der Verurteilung Stalins in Chruschtschows Geheimrede gegen Ende des Parteitages bei der chinesischen Führung aus. Die gesamte internationale kommunistische Bewegung war unvorbereitet in die Auseinandersetzung um ihre bis dato unbestrittene Leitfigur geschickt worden, und die KPdSU gab erst nach und nach den Inhalt der Geheimrede bekannt. Die Parteiführung sah die Zeit gekommen, sich grundlegend von Stalin abzugrenzen. Die Brutalität der durchgesetzten Industrialisierung des Landes und die Politik der ständigen Festigung der Parteiränge, selbst mit Todesurteilen gegen Genossen, wurden den Eigenarten Stalins zugeschrieben. Die Art und Weise, wie die KPdSU ihren Kurswechsel einleitete und sich von Stalin distanzierte, beunruhigte die Führung der KPCh. Zum einen waren die Bruderparteien anderer Länder weder zuvor konsultiert noch eingeladen worden, der Geheimrede Chruschtschows beizuwohnen. Zum anderen fehlte in der Kritik an Stalin eine Analyse der

konkreten historischen Situation, eine Aussicht auf systematische Korrekturen von Fehlentwicklungen sowie eine kritische Haltung zur eigenen Verantwortung der führenden Genossen der KPdSU.

Streit ohne Zuspitzung

Die Veränderungen im Verhältnis der KPdSU zu ihren Bruderparteien spiegelten sich in der »Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder« von 1957 wider. Sie dokumentiert Uneinheitlichkeit zu Fragen der Einschätzung des Imperialismus, der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus in den kapitalistischen Ländern sowie des sozialistischen Aufbaus. Allerdings sind die verschiedenen Positionen in der sogenannten Moskauer Erklärung nicht als Kompromißformel festgehalten, sondern stehen nebeneinander. Sowohl KPCh als auch KPdSU werden sich in der später öffentlich geführten Polemik immer wieder auf dieses Papier berufen, indem sie »ihre« Abschnitte zitieren. Dem Charakter des Dokuments wird eine solch einseitige Bezugnahme jedoch nicht gerecht, denn es ist in sich widersprüchlich und somit vielmehr als Momentaufnahme zu betrachten. Ein gemeinsamer Beschluß, der Ergebnis bereits geführter oder Grundlagenthemen noch zu führender Diskussionen sein soll, muß anders aussehen.

Besonders deutlich wird dies im Abschnitt zur Bewertung des XX. Parteitags. Dort heißt es: »Die historischen Entscheidungen des XX. Parteitags der KPdSU sind von enormer Bedeutung nicht nur für die KPdSU und den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, sie haben der kommunistischen Weltbewegung eine neue Etappe eröffnet und deren weitere Entwicklung entlang der Linie des Marxismus-Leninismus vorangetrieben.« Die Formulierung ist der konkreten historischen Situation geschuldet (Konflikt der KPdSU mit der polnischen Führung, Aufstand in Ungarn). Der positive Bezug zu den Beschlüssen des XX. Parteitags war zur Rückenstärkung der KPdSU durch die Bruderparteien in das Abkommen aufgenommen worden; er steht in seiner Eindeutigkeit jedoch im Widerspruch zum Gesamtdokument.

Abseits dieser ideologischen Differenzen, die zunächst nicht offen ausgetragen wurden, schien sich das Verhältnis zwischen Sowjetunion und Volksrepublik China unter Chruschtschow weiterhin prächtig zu entwickeln. Anzeichen dafür sind der fortgesetzte Ausbau der militärischen Zusammenarbeit sowie eine Ausweitung der umfangreichen sowjetischen Wirtschaftshilfe mit insgesamt über 1000 Beratern, die auch in überaus sensiblen Bereichen eingesetzt wurden. De facto war die Kooperation so intensiv und umfassend, daß sich die KPCh bereits Gedanken um die Wahrung der Souveränität der Volksrepublik machte. Sie versuchte, Prinzipien, Rahmenbedingungen und Begrenzungen zu formulieren, um zu steuern.

In russischen Archiven lagernde Gesprächsprotokolle von bilateralen Treffen zwischen den Staats- und Parteiführungen, die später im Rahmen des Cold War International History Project (CWIHP) digitalisiert und ins Englische übersetzt wurden, dokumentieren eindrucksvoll, wie wichtig die Frage der Souveränität für die chinesisch-sowjetischen Beziehungen war. So ist der vom sowjetischen Botschafter Pawel F. Judin unterbreitete Vorschlag Chruschtschows, eine gemeinsame sowjetisch-chinesische Seeflotte zu bauen und diese in chinesischen Gewässern operieren zu lassen, Anlaß eines am 22. Juli 1958 durchgeführten angespannten Gesprächs zwischen ihm und Mao Tse Tung, der eine Reihe von Problemen thematisiert, die allesamt auf ein größeres verweisen: mangelndes Vertrauen seitens der sowjetischen Führung in die chinesische und somit der Verdacht, Chruschtschow könnte das Ziel verfolgen, die Volksrepublik in zunehmende Abhängigkeit zur Sowjetunion zu bringen.

Im anschließenden Spitzentreffen zwischen Chruschtschow und Mao wurden gleich zwei von sowjetischer Seite eingebrachte Projekte der militärischen Kooperation beerdigt: die Seeflotte sowie eine Radarstation. Die Gesprächsprotokolle zeigen aber, daß man auch heikle Themen diskutierte, ohne zuzuspitzen. Denn die objektiven Rahmenbedingungen im Jahr 1958 waren günstig: Mit der Entwicklung von Interkontinentalraketen sah sich die Sowjetunion nun in die Lage versetzt, mit den USA auf Augenhöhe zu verhandeln. Die VR China, die unter dem »nuklearen Schutzschirm« der

Sowjetunion stand, konnte deshalb freier gegenüber den USA – und damit u.a. im Taiwan-Konflikt – agieren.

Differenzen und Folgen

Am 20. Juni 1959 wurde Peking mit dem Hinweis auf Verhandlungen mit den USA darüber informiert, daß die Volksrepublik keinen Prototyp der Atombombe von der Sowjetunion erhalten werde. Dies war einerseits ein weiteres, deutliches Zeichen mangelnden Vertrauens der Sowjetunion gegenüber der chinesischen Führung, andererseits wurden die praktischen Konsequenzen der »friedlichen Koexistenz« als Leitlinie sowjetischer Außenpolitik deutlich. In der Umsetzung bedeutete dies, die Sicherung des Status quo anzustreben und vor allem den USA zu signalisieren, daß im Rahmen einer gemeinsamen Entspannungspolitik Zugeständnisse möglich waren. Die KPCh wiederum mußte sich mit dem Gedanken anfreunden, daß bei einer solchen Annäherung chinesische Interessen auf der Strecke bleiben könnten.

Dieser Eindruck bestätigte sich mit Beginn des chinesisch-indischen Grenzkonflikts am 25. August 1959. Während die VR China ihre territoriale Integrität auch mit Blick auf Tibet und Taiwan noch nicht gesichert sah und versuchte, möglichst unmißverständlich jedweder Infragestellung zu begegnen, was auch militärische Aktionen nicht ausschloß, befand sich Chruschtschow in Vorbereitung eines dauerhaften Abkommens über die Nichtverbreitung von Atomwaffen mit den USA. Er spekulierte angesichts eines möglichen Nuklearkrieges auf die klassenübergreifende Mobilisierung von Friedenskräften innerhalb der imperialistischen Länder.

Durch die kleineren Feuergefechte an der chinesisch-indischen Grenze traten die sowjetisch-chinesischen Konflikte an die Öffentlichkeit. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS ließ in einer Stellungnahme zum Grenzkonflikt Chruschtschows klare Distanzierung von der chinesischen Haltung – Konfrontationsbereitschaft und Stärke – erkennen. Um den Erfolg seiner Reise in die USA nicht zu gefährden, signalisierte er, daß die Sowjetunion die VR China in dieser Position nicht unterstütze.

Da er kurz nach seinem USA-Aufenthalt Anfang Oktober 1959 nach Peking flog, gab es die Gelegenheit zu einem direkten Schlagabtausch auf höchster Ebene. In einer zugespitzten Diskussion um den Grenzkonflikt mit Indien machte die chinesische Führung deutlich, daß mit der öffentlichen Distanzierung der Sowjetunion gegenüber der VR China ein Tabu gebrochen worden sei. Darüber hinaus wird aus dem Gesprächsverlauf deutlich, daß die sowjetische Führung sensibel auf Probleme reagierte, die von der US-Regierung als Störfaktoren für eine Entspannungspolitik gesehen werden könnten. Teilweise versuchte Chruschtschow, diesen Druck an die VR China weiterzugeben und sparte dabei auch deren innere Angelegenheiten wie die Taiwan-Frage oder Tibet nicht aus.

Im Angesicht drohender Spaltung

Wang Dong, Dozent an der »School of International Studies« an der Peking-Universität, legt in seiner unter dem Titel »The Quarrelling Brothers« (CWIHP Working Paper Nr. 49) veröffentlichten Auswertung chinesischer Archive nahe, daß Mao Tse Tung zu diesem Zeitpunkt, also Ende 1959, um eine ausgewogene Bewertung der Rolle Chruschtschows bemüht war. Intern kritisierte er die sowjetische Führung, nicht ohne jedoch die gemeinsamen Interessen und die Notwendigkeit der Einheit zwischen beiden Ländern hervorzuheben. Er hielt an der Möglichkeit fest, Chruschtschow könne seine Haltung zum Positiven verändern.

Dieser blieb jedoch bei seiner öffentlichen Kritik der chinesischen Position zum Grenzkonflikt mit Indien. Die KPCh entschied sich, den bereits öffentlich gewordenen Konflikt auf die ideologische Ebene zurückzuführen und brachte zu diesem Zweck drei Artikel unter dem Titel »Lang lebe der Leninismus« heraus. Dies wurde von sowjetischer Seite als Formulierung des Führungsanspruchs innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung durch Mao gewertet.

Ein weiterer Höhepunkt der Auseinandersetzung war der 8. Parteitag der Rumänischen KP im Juni 1960. Das Zentralkomitee der KPdSU schlug zu diesem Anlaß ein Treffen der kommunistischen Parteien vor. Die KPCh beschloß, sich auf zwei mögliche Abläufe dieser direkten Begegnung vorzubereiten: Entweder sie wird öffentlich angegriffen oder sie soll zur öffentlichen Unterstützung Chruschtschows bewegt werden.

Der Parteichef hatte tatsächlich eine scharfe Kritik an der Politik der KPCh – darunter zur Bewertung der Rolle Stalins, zu den angeblichen Großmachtambitionen Chinas und zum »Großen Sprung nach vorn« (Einebnen der Unterschiede zwischen Land und Stadt, Hand und Kopf, Landwirtschaft und Industrie) – vorbereitet, die er sich durch die Führungen weiterer kommunistischer Parteien unterstützen ließ. Dennoch hielt das Politbüro der KPCh auf seiner Sitzung zur Auswertung des Bukarester Treffens am 30. Juni 1960 an der bisherigen Einschätzung fest, die Differenzen beträfen prinzipielle Fragen, aber nur »einen von zehn Fingern«. Am Ende signalisierte das Treffen: »Chruschtschow ist nicht unveränderbar und wird seine Haltung vielleicht ändern. (...) das Ziel des fortgeführten Kampfes gegen ihn bleibt Einheit«.

Diese Linie wurde auch auf der Zusammenkunft hochrangiger chinesischer Kader im Erholungsort Beidaihe (300 Kilometer östlich von Peking) im Juli/August 1960 bestätigt. Jedoch wurde das Ziel der Einheit bereits dahingehend konkretisiert, daß es sich lediglich noch um den Versuch handelte, den offenen Bruch zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Auch die rein formale Wahrung der Einheit nach außen sei schließlich noch vorteilhaft für China und die Sowjetunion, wie es Ministerpräsident Zhou Enlai in seiner drei Tage dauernden Ansprache zu den bilateralen Beziehungen der Staaten formulierte. Mitten in diese Debatte fiel die Mitteilung Moskaus, alle sowjetischen Berater aus China abzurufen. Mao beantwortete den Schock, den dies unter den Teilnehmern des Treffens in Beidaihe auslöste, mit einem Aufruf zur Eigenständigkeit und zum »Aufbau des Sozialismus in einem Land« nach dem Vorbild Lenins und Stalins.

Noch im selben Jahr ergriff die sowjetische Seite die Initiative und nutzte den Rahmen des internationalen Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, um Kompromißbereitschaft zu signalisieren. Zu diesem Zeitpunkt betätigte sich Ho Chi Minh bereits als aktiver Vermittler zwischen KPdSU und KPCh. Zwischen Ende 1960 und dem XXII. Parteitag der KPdSU (17.–31. Oktober 1961) gab es – bei bleibendem gegenseitigen Mißtrauen – deutliche Zeichen der Entspannung und des Willens beider Parteien, einen Bruch zu verhindern. Doch die dort formulierte Kritik Chruschtschows an der albanischen Führung interpretierte die chinesische Delegation als klares Signal der fortgesetzten Konfrontation: »Das Huhn wird getötet, um dem Affen eine Warnung zu erteilen« (sha ji jing hou), lautete die Einschätzung. Die heftigen Angriffe gegen Albanien wurden als Mahnung an die chinesischen Genossen gewertet: Eine Sicherung oder gar Verbesserung der Beziehungen würde die Aufgabe der bisherigen Haltung erfordern.

Sollbruchstelle Ideologie?

Die vielen Auf und Ab im Verhältnis von UdSSR und VR China im Zeitraum von 1956 bis 1963 sowie die verschiedenen internen und externen Einflußfaktoren, die zu den Entstehungsfaktoren des sowjetisch-chinesischen Bruchs gehören, bieten einige Anhaltspunkte, die im nachhinein als Ursachen für den Bruch gewertet werden könnten.

Werfen wir einen letzten Blick in die Protokolle des vorn erwähnten Treffens beider Parteiführungen im Juli 1963. Es findet sich darin der bekannte Gesprächsstoff aus den Zusammenkünften, Konferenzen, Briefwechseln der vergangenen Jahre. Punkt für Punkt ging Deng Xiaoping die Konflikte durch, auch solche, für die eine Lösung gefunden wurde. Warum die wiederholte Kritik an der Verurteilung Stalins auf dem XX. Parteitag? Die KPCh gehörte doch zu den Parteien, die sich bereits lange vor Gründung der Volksrepublik der Bevormundung aus Moskau erfolgreich widersetzt und Weisungen Stalins ignoriert hatten, wo sie unsinnig erschienen. Deng Xiaoping wollte die praktischen Konsequenzen, die sich aus der Linie der KPdSU ergaben, nachweisen.

Es muß der Führung der KPCh klargewesen sein, daß eine Annäherung so nicht zu erreichen war. Doch sie stellte die Wahrung grundlegender ideologischer Positionen über die Einheit mit der Sowjetunion. Die vom Pekinger Dozenten Wang Dong ausgewerteten internen Dokumente der KPCh bestätigen diese Ansicht: Der ideologische Kampf sollte die als revisionistisch gewerteten Elemente in der Politik der KPdSU seit dem XX. Parteitag deutlich machen. Dabei hoffte die Führung der KPCh auch auf Unterstützung durch den »Lehrmeister« USA, zumal den chinesischen Genossen die betriebene Entspannungspolitik angesichts der aggressiven US-Außenpolitik erkennbar illusorisch schien.

Der Philosoph und Kommunist Hans Heinz Holz lieferte dazu in seiner aus dem Jahr 1970 stammenden Schrift »Widerspruch in China« einen Erklärungsversuch für die starke ideologische Komponente des chinesisch-sowjetischen Bruchs: Nach der Aufbauphase in der Sowjetunion, die von Interventionskriegen, erzwungener Industrialisierung und Zweitem Weltkrieg geprägt war, gab es endlich eine Phase der Konsolidierung und des wirtschaftlichen Aufschwungs, der ein Bedürfnis nach Ruhe und Zufriedenheit entsprach. In dieser wird »der Widerspruch (...) als einer von außen – zwischen dem kapitalistischen Imperialismus und dem Sowjetsystem –, nicht auch als innerer erfahren. (...) Maos illusionslose Lehre vom Widerspruch und seine darauf ausgerichtete politische Praxis, (...) mußte den sowjetrussischen Politikern als eine unerträgliche Irritation, als ein Angriff auf die Unverletzlichkeit des von ihnen Geleisteten erscheinen. Im Gegensatz zu den meisten bürgerlichen Interpreten, die nur in machtpolitischen Kategorien denken können, begreife ich den chinesisch-sowjetrussischen Konflikt primär und in seinem Ursprung als einen solchen der Theorie und Ideologie. Marxistische Theorien sind aber nicht ohne praktische Konsequenzen zu denken.«

Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2013/07-24/028.php>

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/GETRENNTE-WEGE/](http://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/GETRENNTE-WEGE/)